Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6gespaltene Borgiszeile 20 Pfennig. Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.
Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Volkmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an W. Zielke, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 49/50. | Ulm a. Donau, den 15. Dezember 1916. | 27. Jahrgang

Inhalt: Das vaterländische Hilfsdienstgesetz. — Teuerungszulage und Nichtvertragsorte. — Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und die Gelben. — Ehrentafel. — Das erwachte Gewissen. — Die exotischen Nutz- und Edelhölzer und ihre Verwendung in Kunstgewerbe, Holzindustrie und Architektur. — Unser Wille. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — Rundschau: Erhöhung der Familienunterstützung. — Die Beibehaltung des Nachtbackverbots in der Friedenszeit. — Agrarische Bescheidenheit. — Aus den Ortsvereinen. Breslau. — Stolp i. Po. — Patentschau. — Amtliche Bekanntmachungen. — Zur gefl. Beachtung. — Literarisches. — Anzeigen.

Das vaterländische Hilfsdienstgesetz.

In der Größe der Gefahr zeigt sich erst der wahre Charakter eines Volkes. Dies konnte man im wahren Sinne des Wortes bei der Behandlung und Verabschiedung des neuen Hilfsdienstgesetzes wahrnehmen. Man wurde in die Tage des August 1914 versetzt. Ein einheitlicher Wille beseelte die Abgeordneten des Reichstags, sowie das ganze Volk. Wohl gab es auf der äußersten Rechten und Linken Leute, die von dem Geist der neuen Zeit noch wenig berührt zu sein scheinen, doch sind diese wenigen Ausnahmen derartig bedeutungslos, daß es sich kaum verlohnt, denselben irgend welche Bedeutung beizumessen. Von Leuten der Rechten sind wir es seit langem gewöhnt, daß dieselben in erster Linie an ihre eigenen Interessen denken. Denjenigen der Arbeitsgemeinschaft werden die heimkehrenden Arbeiter ihre Antwort geben, die nicht allzu glimpflich ausfallen dürfte. Hier muß offen ausgesprochen werden, daß diese Gruppe nur die Geschäfte unserer Feinde besorgen und daher jegliche Achtung eines jeden Vaterlandfreundes verscherzt haben. Die Stimmung zu dem allgemeinen Gesetzentwurf war in allen Schichten der Bevölkerung eine gute. Wenn auch hier und da berechtigte Bedenken auftauchten, so war man anderseits von der Notwendigkeit dieses Gesetzes überzeugt. Verkennen wollen wir nicht, daß die Presse unermüdlich bedacht war, Aufklärung in die großen Massen zu schaffen. Bei allen Gewerkschaftsrichtungen fand das Gesetz eine ruhige sachliche Auffassung. Wertvoll für die Regierung war es, daß man sich die Mitarbeit sämtlicher Gewerkschaftskreise sicherte. So nur ist es auch zu verstehen, daß der Gesetzentwurf wohl eine vollständige Umarbeitung erfuhr, für die beteiligten Kreise aber um so eher annehmbar wurde. Ohne weiteres muß man zugeben, daß die beteiligten Kreise zwar eine recht schwere, aber desto ersprießlichere Arbeit in den Kommissionen geleistet haben. Leicht wurde denselben durch das Verhalten des Staatssekretärs des Innern die Arbeit nicht gemacht, doch gelang es durch zähe Ausdauer auch diese gefährliche Klippe zu umschiffen. Die Verteidigung und Erhaltung des Vaterlandes über alles, das war das Leitmotiv der Verhandlungen im Reichstag und ist das Gesetz auch unter dieser Devise zustande gekommen. Der Bundesrat hat seine Zustimmung zu dem geänderten Entwurf gegeben, ebenso ist die kaiserliche Verordnung erfolgt, so daß das ganze Gesetz im Dez. in Kraft tritt.

Es hat nun wenig praktischen Wert an diesem oder jenem herumzutadeln, wir müssen uns mit dem Erreichten zufrieden geben. Aufgabe der einzelnen Ausschüsse, welche durch das Gesetz vorgesehen sind, wird es nun sein, bei der praktischen Durchführung alle möglichen Härten abzuwenden. Ueber den Rechtszustand des neuen Gesetzes macht der Abgeordnete Bauer folgende beachtenswerte Ausführungen:

Was ist „vaterländischer Hilfsdienst"?

Jede Tätigkeit, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, gilt als „vaterländischer Hilfsdienst".

Die Regierung hat anerkannt, daß u. a. auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft notwendig sind. Es ist also nicht zu befürchten, daß den Gewerkschaften die zur Aufrechterhaltung der Organisationen erforderlichen Kräfte entzogen werden.

Das Kriegsamt kann nachprüfen, ob die in einem kriegswirtschaftlichen Betrieb beschäftigten Personen wirklich alle gebraucht werden. Damit soll verhindert werden, daß sich Leute damit vor der Arbeit drücken, daß ein befreundeter Unternehmer sie als bei sich beschäftigt anmeldet, während sie in Wirklichkeit keinen Finger krumm machen. Ueber die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb für Zwecke der Kriegsführung oder Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung ist und ob die Zahl der dort beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheiden Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos gebildet werden.

Wie sind die Ausschüsse zusammengesetzt?

Aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Wer mit der Entscheidung eines Ausschusses nicht zufrieden ist, kann Beschwerde an eine beim Kriegsamt (Kriegsministerium) einzurichtende Zentralstelle einlegen.

Wer ist hilfsdienstpflichtig?

Alle männlichen Deutschen, soweit sie nicht beim Heere sich befinden, vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre ohne Unterschied des Standes und des Berufes. Für Frauen und Mädchen besteht also keine Arbeitspflicht.

Wie erfolgt die Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst?

Zunächst soll jeder Hilfsdienstpflichtige, der nicht bereits in einem den Zwecken des vaterländischen Hilfsdienstes dienenden Betrieb oder Beruf tätig ist, sich eine ihm zusagende Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst suchen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes werden öffentliche Aufforderungen zur freiwilligen Meldung erlassen werden. Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, so kann der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen werden, der für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist. Dieser Ausschuß besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Wer von diesem Ausschuß die schriftliche Aufforderung zur Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst erhalten hat, ist verpflichtet, sich innerhalb zwei Wochen bei den öffentlichen Vermittlungsstellen Arbeit zu suchen. Geschieht das nicht, dann kann der Ausschuß ihm eine Beschäftigung anweisen.

Bei dieser Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn den Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.

Wer der Meinung ist, daß er nicht zu arbeiten braucht oder nicht arbeiten kann, hat das Recht, sich über die Heranziehung zur Arbeit durch den Ausschuß zu beschweren. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der bereits erwähnte Ausschuß bei dem Stellvertretenden Generalkommando.

Arbeiter werden einen solchen Streit wohl kaum zu führen haben, weil sie sich der Arbeit nicht entziehen, sondern froh sind, wenn sie eine lohnende Beschäftigung finden.

Diejenigen, die freiwillig zur Arbeit gehen, können sich aber auch einen Arbeitsplatz selbst suchen, der ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht.

Wie steht es mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes?

Der Hilfsdienstpflichtige darf nicht ohne weiteres aus dem Betriebe, in dem er beschäftigt ist, herauslaufen. Er braucht wenn er eine andere Beschäftigung übernehmen will, einen Abkehrschein. In der Metall-Industrie Groß-Berlins besteht eine solche Einrichtung seit länger als Jahresfrist auf Grund freier Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer. Jetzt wird dieser Zustand für das ganze Reich herbeigeführt. Weigert ein Unternehmer sich, einem Arbeiter oder Angestellten den Abkehrschein auszustellen, dann kann der Betreffende Beschwerde an einen Ausschuß einlegen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzenden sowie aus drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Erkennt der Ausschuß nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.

Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten.

Wer ohne Abkehrschein seine Arbeit verläßt, darf zwei Wochen lang von keinem anderen Unternehmer eingestellt werden.

Die Bewegungsfreiheit der Arbeiter ist also erheblich eingeschränkt, nicht aber ist es ihnen unmöglich gemacht, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Zunächst muß einem jeden Hilfsdienstpflichtigen der Abkehrschein gegeben werden, wenn er eine besser bezahlte Arbeit bekommen kann. Dann aber werden durch das Gesetz Einrichtungen geschaffen zum

Schutz der berechtigten Interessen der Arbeitnehmer.

Es sind dies:

A. Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse.

In allen, dem vaterländischen Hilfsdienst dienenden Betrieben, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen.

Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134 h der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde.

In Betrieben mit mehr als 50 Angestellten im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes sind für diese Angestellten Angestelltenausschüsse zu errichten, die dieselben Befugnisse haben wie die Arbeiterausschüsse.

Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse haben die Wünsche und Forderungen der Arbeiter oder Angestellten dem Unternehmer zu unterbreiten und mit ihm zu verhandeln. Der Unternehmer ist zur Verhandlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses ein solches Verlangen stellt.

Für die landwirtschaftlichen und die Eisenbahnbetriebe brauchen Arbeiterausschüsse nicht gewählt zu werden, weil sie dem Titel VII der Gewerbeordnung nicht unterstehen.

B. Schlichtungsstellen.

Kommt bei **Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen** eine Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschuß nicht zustande, so kann der zur Entscheidung über die Gewährung des Abkehrscheins gebildete Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden. Er besteht aus je drei Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber sowie einem Beauftragten der Militärbehörde als Vorsitzenden. Auf gemeinsamen Wunsch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann auch ein Gewerbegericht oder ein Berggewerbegericht oder ein Kaufmannsgericht oder ein Einigungsamt einer Innung als Einigungsamt angerufen werden. In diesem Falle finden die §§ 66, 68 und 73 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß ein Schiedsspruch auch dann abzugeben ist, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt, sowie daß Personen, die an der einzelnen Streitsache als Arbeitgeber oder als Mitglied des Arbeiterausschusses beteiligt gewesen sind, bei dem Schiedsspruche nicht mitwirken dürfen.

Da wo ein ständiger Arbeiterausschuß nicht vorhanden ist, kann gleichfalls bei Streitigkeiten zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen der Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden. Das Gleiche gilt für die landwirtschaftlichen Betriebe. Nur die Eisenbahnbetriebe sind ausgenommen.

Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedsspruche nicht, so ist den beteiligten Arbeitern auf ihr Verlangen die zum Aufgeben der Arbeit berechtigende Bescheinigung (Abkehrschein) zu erteilen. Unterwerfen sich die Arbeiter dem Schiedsspruche nicht, so darf ihnen aus der dem Schiedsspruche zugrunde liegenden Veranlassung die Bescheinigung nicht erteilt werden.

Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften über die Errichtung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungsstellen zu erlassen.

Das

Vereins- und Versammlungsrecht

der im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen ist durch das Gesetz besonders geschützt. Die Ausübung dieses Rechts darf nicht beschränkt werden.

Von Wichtigkeit ist auch, daß gewerbliche Arbeiter, die auf Grund dieses Gesetzes der Landwirtschaft überwiesen werden, nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde unterliegen.

Bei der Durchführung des Gesetzes wirkt auch eine vom Reichstage eingesetzte Kommission von 15 Mitgliedern mit.

Teuerungszulage und Nichtvertragsorte.

Die zentralen Vereinbarungen vom 10. November sind nun in den meisten Vertragsorten zur Durchführung gelangt. Wenn es in verschiedenen Orten noch nicht zur Einigung gekommen ist, so liegt es nicht an den Arbeitern oder deren Führer, sondern an den betreffenden Arbeitgebern, denen durch falsche Auslegungen seitens der Vertreter des Arbeitgeberschutzverbandes noch das Rückgrat gestärkt wurde. Dies kann dem inneren Frieden keineswegs dienen. Bei den Verhandlungen im Reichsamt des Innern und bei der Formulierung der Vereinbarung wurde beiderseits großes Gewicht darauf gelegt, bei den einzelnen Sätzen jegliche Unklarheit zu vermeiden. Durch das Herausgeben einseitiger Richtlinien seitens des Schutzverbandes an die einzelnen Bezirksverbände, die sich keineswegs mit den zentralen Vereinbarungen decken, ist eine gewisse Verwirrung eingetreten. Bei den örtlichen Verhandlungen, die notwendig an einzelnen Orten geführt werden mußten, merkte man, daß

die Vertreter des Schutzverbandes Prinzipien mit großer Hartnäckigkeit verteidigten, die mit den zentralen Abmachungen gar nicht in Einklang zu bringen waren. Man legte ganz besonderen Wert darauf, die Teuerungszulagen, welche auf die Vertragslöhne gesetzt werden sollten, möglichst aus dem Zusammenhang an untergeordneter Stelle zu bringen. Mit Recht nehmen wir an, daß man darauf ausging, bei Neueinstellungen nur den um 1–2 Pfennig erhöhten Vertragslohn ohne Teuerungszulage in Anwendung zu bringen. Auch gegen die sinngemäße prozentuale Erhöhung der Akkordpreise sträubte man sich. Ebenso versuchte man den Mindestmontagezuschlag von 4 Mark als Höchstsatz in Anwendung zu bringen. Mit aller Entschiedenheit muß es jedoch abgelehnt werden, wenn man versucht neue Absätze, wie 2–3jährige Lehrzeit für Maschinenarbeiter und dergl. in die alten Verträge hinein zu bringen. Gerade der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes war es, der bei den zentralen Verhandlungen immer wieder hervorhob, daß an den alten Verträgen nicht gerüttelt werden darf. Umsomehr hat derselbe Veranlassung, daß dasselbe auch nicht von seinen Vertretern geschieht. Es liegen ja noch eine Reihe von Beschwerden vor, von denen wir hoffen, daß dieselben von den Zentralvorständen erledigt werden. Im Anschluß hieran möchten wir hervorheben, daß unser Augenmerk jetzt auf die Orte gerichtet werden muß, in denen der Arbeitgeber Schutzverband nicht vertreten ist. Es gibt noch eine Reihe von Orten, die entweder gar nicht oder von anderen Arbeitgebervereinigungen vertreten sind. So weit es sich übersehen läßt, sind in diesen Orten überall die gleichen Vereinbarungen als Forderung erhoben, wie sie mit dem Arbeitgeberschutzverband im Reichsamt des Innern getroffen worden sind. Es geht nicht an, daß in diesen oder jenen Orten die Arbeitgeber gezwungen werden, die Teuerungszulagen zu bezahlen, während andere den Profit in die eigene Tasche stecken. Ganz besonders muß hier mit den zurückgebliebenen Orten aufgeräumt werden, von denen es leider noch eine ganze Reihe gibt. Die Schuld an diesen unglücklichen Verhältnissen tragen zum größten Teil die Kollegen selber. Gewiß steht jetzt der beste Teil im Felde, aber auch die Zurückgebliebenen sollten sich erinnern, was sie sich, ihrer Familie und unseren Brüdern im Schützengraben gegenüber schuldig sind. Bei den zentralen Verhandlungen wurde seitens der Arbeitgeber wiederholt über die leidige Konkurrenz geklagt. Wir haben keine Ursache, dieselbe durch niedrige Entlohnung zu unterstützen. Dies sollten sich auch die Kollegen in den zurückgebliebenen Orten vor Augen führen. Es muß daher alles aufgeboten werden, damit auch in diesen Orten die Entlohnung mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen einigermaßen in Einklang gebracht wird.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und die Gelben.

Unter diesem Titel veröffentlicht der „Vorwärts" vom 1. Dezember in Nr. 330 ein Rundschreiben, welches seitens der Vereinigung der Arbeitgeberverbände an seine Mitglieder versandt worden ist. Dieses Schriftstück wirft angesichts des Burgfriedens ein grelles Schlaglicht auf die Haltung dieser Kreise und muß als Dokument für spätere Zeiten bewahrt werden. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Berlin W, 35, den 10. Nov. 1916.

Euer Hochwohlgeboren

haben wir einen Betrag von 10 Mark für den Förderungsausschuß der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahre vor dem Kriege gespendet. Unter Zustimmung des Förderungsausschusses, der seine Tätigkeit für die Kriegszeit eingestellt hat, hat die Vereinigung der Deut. Arbeitgeberverbände die Sammlung von Beiträgen für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung übernommen.

Diese wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß sie schon ihrem Umfange nach den kampfgewerkschaftlichen Organisationen an die Seite gestellt werden kann. Dieser Fortschritt ist trotz außerordentlicher Hindernisse erstritten worden. Immer mehr und mehr haben vaterländisch und wirtschaftlich denkende Kreise des öffentlichen Lebens eingesehen, von welcher segenbringenden Wirkung für den Fortschritt unseres Wirtschaftslebens, der auf den Frieden der Beteiligten begründet sein muß, der Zusammenschluß der wirtschaftsfriedlich denkenden Arbeiter ist. Sowohl bei verschiedenen Parteien im Reichstage als auch in den Landtagen hat die Bewegung willige Unterstützung gefunden. In einer großen Versammlung am 1. Oktober 1915 in Berlin haben namhafte Vertreter aus allen Gesellschaftskreisen, Männer des öffentlichen Lebens und der Industrie von neuem ihre volle Sympathie mit den Bestrebungen der wirtschaftsfriedlichen Verbände zum Ausdruck gebracht und deren tatkräftige Unterstützung zugesichert. Ist schon während des Krieges die Förderung aller auf den Wirtschaftsfrieden gerichteten Bestrebungen eine Hauptpflicht aller deutschen Gesellschaftskreise, so wird es besonders nach dem Kriege nötig sein, in Anbetracht der von allen Seiten auf die schaffende Arbeit hereindrängenden Erschwerungen und Belastungen, im Hinblick auf die sicher zu erwartenden großen Kämpfe alle Kräfte zu sammeln, die auf dem Boden eines friedlichen Zusammenarbeitens aller sozialen Schichten stehen.

In dieser Erkenntnis hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sich die Förderung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung angelegen sein lassen und es gern übernommen, sich dem Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände als der Spitze der wirtschaftsfriedlichen Organisationen beratend und unterstützend zur Seite zu stellen. Die Förderung muß sich auch auf das finanzielle Gebiet erstrecken, da die wirtschaftsfriedlichen Verbände heute noch nicht in der Lage sind, aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die finanziellen Lasten in vollem Umfang allein zu tragen und ihren Mitgliedern angemessene materielle Vorteile zu sichern. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist deshalb beauftragt worden, in den der Bewegung freundlich gesinnten Kreisen eine Sammlung einzuleiten, die eingehenden Gelder zu verwalten und dem Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat selbst einen namhaften Zuschuß bewilligt, andere Verbände und Einzelpersonen haben gleichfalls größere Beträge in Aussicht gestellt.

Wir wenden uns nunmehr auch an Sie mit der Bitte, wie früher einen Zuschuß für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung zu bewilligen und diesen Zuschuß uns zur Verwaltung und Verwendung übermitteln zu wollen. Zu diesem Zwecke hat die Vereinigung bei der Diskontogesellschaft in Berlin W. 8, Unter den Linden 35, ein besonderes Konto „II" eingerichtet, an welches wir bitten würden, falls unsere Bitte Erfüllung findet, den bewilligten Beitrag einzusenden.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
C. Garms, 1. Vorsitzender."

Bekanntlich haben sämtliche selbständigen Arbeiterorganisationen, einschließlich des Deutschen Werkmeisterverbandes auf der Kölner Tagung, anläßlich der Kriegsverletztenfürsorge eine Entschließung angenommen, worin jegliches Zusammenarbeiten mit den Gelben abgelehnt wurde. Darauf erhob sich in den Organen der sogenannten Wirtschaftsfriedlichen ein Sturm der Entrüstung, was jedoch nicht ernst genommen wurde. Wie recht die Arbeiterorganisationen mit ihrer Entschließung hatten, beweist das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände. Bekanntlich wollen die Gelben es nicht gelten lassen, daß sie vom Gelde der Unternehmer ausgehalten werden, bei solcher Gelegenheit soll man ihnen dies Dokument der Arbeitgeber vor Augen halten. Aber auch das Verhalten der Arbeitgeberverbände muß als wenig würdig bezeichnet werden, namentlich angesichts der Haltung der Arbeiterschaft während des Krieges. Man kann hier auch sagen: Nichts vergessen, nichts umgelernt.

Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Auf dem Felde der Ehre gefallen:

Carl Timmreck, Mitglied des Ortsvereins Bütow, 31 Jahre alt, im Oktober 1916 gefallen.

Leo Rambowicz, Mitglied des Ortsvereins Bromberg, 35 Jahre alt, im Juni 1915 gefallen.

Joseph Dargel, Mitglied des Ortsvereins Frankfurt a. O., 34 Jahre alt, im Dezember 1914 im Seegefecht gefallen.

Eugen Saleski, Mitglied des Ortsvereins Frankfurt a. O., 29 Jahre alt, im Juli 1915 gefallen.

Hermann Joppa, Mitglied des Ortsvereins Görlitz, 30 Jahre alt, im November 1914 gefallen.

Hans Schilling, Mitglied des Ortsvereins Augsburg, 21 Jahre alt, Inhaber des bayer. Militärverdienstkreuzes, am 7. Oktober 1916 an der Somme gefallen.

Karl Hartmann, Mitglied des Ortsvereins Stettin, 37 Jahre alt, am 26. November 1916 durch Kopfschuß im Osten gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Für hervorragende Tapferkeit haben das Eiserne Kreuz erhalten:

Hugo Winkelmann, Mitglied des Ortsvereins Leipzig-Lindenau. Selbiger ist Kriegsfreiwilliger, bereits Inhaber der sächsischen Verdienstmedaille und hat vier Söhne im Felde stehen.

Hermann Gärtner, Mitglied des Ortsvereins Hamburg.

Paul Neumann, Mitglied des Ortsvereins Stolp i. Po.

Das erwachte Gewissen.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß es immer noch eine Reihe von Leuten gibt, die in dieser schweren Zeit nicht bloß ihr eigenes „Ich" in den Vordergrund schieben, sondern sich auch nicht entblöden auf Kosten der ärmeren Bevölkerung zu bereichern. Dazu gehört in erster Linie unsere Landwirtschaft. Alle Ermahnungen seitens der Behörden und anderer beteiligten Kreise, sowie namentlich der Presse, haben nichts gefruchtet. Da endlich muß erst ein Mann kommen, der seinen Kopf wahrlich mit anderen schweren Sorgen belastet hat und muß das soziale Gewissen dieser Kreise erwecken. Dieser Mann ist Hindenburg, der bereits im September an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet hat, was als wertvolles Dokument des Krieges bezeichnet werden kann. Dasselbe lautet:

„Eurer Exzellenz ist bekannt, vor welche ungeheuren Aufgaben unsere Kriegsindustrie für einen siegreichen Ausgang des Krieges gestellt ist. Die Lösung der Arbeiterfrage ist dabei entscheidend, und zwar nicht allein bezüglich der Zahl der Arbeiter, sondern vor allem auch bezüglich der individuellen Leistungsfähigkeit durch eine ausreichende Ernährung. In dankenswerter Weise hat das Kriegsernährungsamt der Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da jedoch das Kriegsernährungsamt auf die Ausführung der Maßnahmen einen geringen Einfluß auszu-

Die exotischen Nuß- und Edelhölzer und ihre Verwendung in Kunstgewerbe, Holzindustrie und Architektur

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Dem Ebenholz nahe verwandt ist auch das Polisanderoder Jacarandaholz, das ebenfalls zu den edelsten Kunsthölzern zählt. Es ist ebenfalls sehr hart und läßt sich nur sehr schwierig [illegible]; seine Farbe ist ein sehr schönes Schokoladenbraun mit einem Stich ins Violette und zumeist lebhafteren [illegible], auf der Vertikalfläche ist es tiefschwarz ge[illegible] in diesen Farbtönen in der Bearbeitung [illegible] und Tonwirkungen. Es nimmt ebenfalls [illegible] schöne Politur an und dient deshalb wie [illegible] wertvollen Eigenschaften der Möbeltischlerei, dem [illegible] und auch der Innenarchitektur als sehr [illegible] Material. Wegen des bläulichen Stiches seiner [illegible] das Holz [illegible] blaues Ebenholz oder auch Vio[illegible], im Handel [illegible] auch noch die Bezeichnung [illegible] Veilchenholz und Polisanderholz. Das [illegible] des Holzes ist [illegible] Brasilien. [illegible] ist dann das Amarantholz, auch [illegible] genannt, ein ebenfalls sehr schönes u. har[illegible] Schnitt von eigenartig [illegible] der Luft in ein [illegible]. Das Holz kommt ebenfalls von [illegible] auch aus Westindien, und ist [illegible] ein sehr geschätz[illegible] das [illegible] Einlegearbeiten verwandt [illegible].

[illegible] Hölzern gehört [illegible] Man bezeichnet mit diesem Namen [illegible] Hölzern sehr verschiedener Baumgattun[illegible] teils in Afrika und in den Südsee[illegible] Ebenholz ist [illegible] jedes Holz [illegible] schwer und [illegible] durchaus [illegible] zu vielen Instrumenten und auch zu zahlrei[illegible] Anlaß gab. Heute hat man [illegible] Ebenholz auf die verschiedenen Arten von Grenadilleholz, welche auch als rotes oder braunes Ebenholz bezeichnet werden und den Ebenholzarten auch sehr ähnlich sind, beschränkt. Alle diese Holzarten sind sehr schwer und hart, von rötlicher, brauner, violetter oder auch grüngelblicher Farbe und von ausgezeichneter Polierfähigkeit. Auch sind sie für alle Arbeiten in Tischlerei, Klavierbau und Drechslerei ein sehr geschätztes Material; Spazier- und Schirmstöcke, Holzblasinstrumente, auch Werkzeuge und Maschinenteile werden vielfach aus diesen Hölzern hergestellt. Für die Musikinstrumentenfabrikation ist von besonderem Wert das Holz des ebenfalls zu diesen Baumgattungen gehörenden Geigenholzbaumes (griechisch: citharexylon d. h. Geigen- oder Zitherholz) geworden. Das Holz, das übrigens auch als weißes Eisen- oder Ebenholz bezeichnet wird, eignet sich seiner Elastizität nach besonders für Musikinstrumente und wird für diese Zwecke verarbeitet.

Der hohe Preis der echten Ebenhölzer hat vielfach zur Herstellung von Ebenholzimitationen, sogenanntem unechten oder künstlichem Ebenholz geführt. Man verwendet zu diesem Zweck in Europa mehrere heimische Hölzer, die von Natur aus ebenfalls sehr hart und fest sind, wenn freilich auch keineswegs in dem Maße wie die echten Hölzer, während man die eigenartige dunkle Färbung des echten Ebenholzes durch geeignete Beizung zu imitieren sucht. So wird aus Buchsbaumholz das nordische oder abendländische Ebenholz hergestellt, während man als deutsches Ebenholz nach dieser Methode präpariertes Eichenholz und als falsches Ebenholz bekanntlich das Holz des Goldregens bezeichnet. Auch das harte Holz von Birnbaum, Pflaumenbaum und Hainbuche wird durch Beizen in künstliches Ebenholz verwandelt, und endlich wird auch eine aus den Sägespähnen harzreicher Hölzer vermittelst Bindemittel und unter Anwendung eines sehr hohen hydraulischen Druckes durch Zusammenpressen gewonnene Holzstoffmasse, die sich ähnlich wie natürliches Ebenholz bearbeiten, außerdem aber auch gießen und so leicht zu allerlei Luxusgegenständen verarbeiten läßt, als künstliches Ebenholz bezeichnet. Auch die unechten und künstlichen Ebenholzarten werden als erheblich billigeres Material vielfach zur Herstellung von Möbeln mittlerer oder auch besserer Qualität und ähnlicher Erzeugnisse verwandt und zu diesem Zweck meistens noch mit Furnieren echten Holzes belegt.

Von nicht so großer Bedeutung wie die vorgenannten Holzarten, dennoch aber ein sehr geschätztes Material für verschiedene kunstgewerbliche Industriezweige ist das Zedernholz. Unter diesem Namen kommt heute eine große Reihe von Holzarten in den Handel, die von verschiedenen zu den Nadelhölzern gehörigen u. zumeist in Afrika und Asien heimischen Baumgattungen stammen. Alle Zedernarten besitzen ein weiches und leichtes, dennoch aber sehr dauerhaftes Holz, das von allen holzfressenden Insekten gemieden wird. Außerdem hat es auch einen eigenartigen aromatischen Geruch, der uns von dem Holz unserer Bleistifte, das ebenfalls eine Zedernholzart ist, wohl bekannt ist. Das berühmteste Zedernholz ist das Libanonzeder, das uns schon aus der Bibel wie auch aus dem griechischen und römischen Altertum bekannt ist. Ehemals war das weite Land um den Libanon mit mächtigen Zedernholzwaldungen bedeckt, die aber durch den jahrhunderte-, ja jahrtausendelangen Raubbau, der an allen Bäumen getrieben wurde, jetzt fast völlig verschwunden sind. Nur auf dem Libanon, dem Gipfel des Gebirges, befindet sich auch jetzt noch ein Wald von etwa 300 bis 400 mächtigen Zedern. Aus diesem Walde hatte schon König Salomon das Holz zum Bau des Tempels entnommen, weshalb der Wald noch heutigen Tages Salomonwald heißt. Der Wald wird gegenwärtig als Nationalwald betrachtet und sorgfältig gepflegt. Die Bäume erreichen eine Höhe bis zu 30 Metern, dreizehn von ihnen haben einen Umfang von etwa elf Metern; das Alter dieser Baumriesen wird auf 2000 bis 3000 und von mancher Seite sogar bis auf 4000 Jahre geschätzt. Nicht minder wie die biblischen Völker schätzten auch Griechen und Römer das Zedernholz; sie verwandten es zu feinen Arbeiten sowie auch für die Särge berühmter Toten, seines angenehmen Geruches wegen, außerdem auch zu Räucherzwecken. Besonders geschätzt war von ihnen auch die außerordentliche Dauerhaftigkeit des Holzes, weshalb man wertvolle Dinge, besonders kostbare Schriften, Bücher und Urkunden u. dgl., in Kästen aus Zedernholz aufbewahrte, woraus sich für hervorragende geschriebene Werke die Bezeichnung „opus cedro dignum", d. h. wert in Zederholz aufbewahrt zu werden, herleitete. Das Holz der echten Libanonzeder ist heute im Handel überhaupt nicht mehr erhältlich, da die geringen noch vorhandenen Bestände im National-Hain sorgfältig gehütet werden. Dafür haben wir aber in der Himalaja-Zeder einen wertvollen Ersatz. Diese Zeder ist außer in ihrem eigentlichen Herkunftslande, dem Himalaja-Gebirge, auch anderwärts mit gutem Erfolge angebaut worden. Im Taurusgebirge in Kleinasien finden sich große Wälder dieses Baumes, dessen Holz das wichtigste Material der dortigen Holzindustrie ist.

(Fortsetzung folgt.)

üben vermag, bedarf es der einmütigen, hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden. In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reichs geht. Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Ruhrkohlenrevier, dem Siegerland wie auch aus anderen Industrierevieren wird mir berichtet, daß es immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken. Im Siegerland soll seit zwei Monaten nur eine ganz geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, son- sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg von einer umfassenden großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegsindustrieabeiter. Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß versagen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt, und jeder Deutsche im Innersten davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso vaterländische Pflicht ist wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampf an der Front.

Eure Exzellenz bitte ich in eindringlichster Weise, allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalverbänden den Ernst der Lage vor Augen zu führen und sie aufzufordern, die ausreichende Ernährung unserer Kriegsindustriearbeiter mit allen Mitteln zu betreiben, starke Persönlichkeiten aller Parteien als Führer des Heimatheeres hinter Pflug und Schraubstock zu einmütigem Handeln zu verbinden und furor teutonicus in der Heimat beim Bauern wie beim Industriearbeiter und Städter zu wecken. Ich habe den Eindruck, daß der beste Wille und die Tatkraft unserer in ihrer Tüchtigkeit und Lauterkeit unübertroffenen Beamtenwelt mürbe wird durch das Bestreben, in langwierigen Beratungen den Bedenken aller Art möglichst gerecht zu werden. Unentschlossenheit ist die Folge. Eure Exzellenz wollen die darin liegende Gefahr nicht verkennen. Das Volk will starke entschlußfähige Beamte sehen, dann wird es auch selbst stark sein und mancher unbequemen Maßnahme willig sich beugen."

In jeder Zeile dieses Briefes drückt sich die Sorge um das Wohl des Vaterlandes und des Volkes aus. Man fragt sich unwillkürlich: Mußte es soweit kommen? Ist es nicht tief beschämend für ein Volk, welches so groß und erhaben in seiner Gesamtheit dasteht, welches so unendlich vieles geleistet hat, daß selbst der Feind und die neutralen Staaten uns ihre Anerkennung nicht versagen können. Jetzt regt sich überall das ländliche Gewissen, indem in vielen Kreisen aufgefordert wird, von dem Ueberfluß an die schwerarbeitende Industrie etwas abzugeben. Wir befürchten, daß auch diese gutgemeinten Ermahnungen wenig an den unhaltbaren Zuständen bessern werden. Die Zeit ist zu ernst, um noch länger eine abwartende Stellung einzunehmen. Hier muß mit eisernem Besen kehraus gemacht werden. Wenn über zwei Jahre lange Ermahnungen nichts gefruchtet haben, dann kann man wenig Hoffnung haben, daß im dritten Jahre sich die Gesinnung ändert. Vor allen Dingen muß den Wucherern ein für alle Mal das Handwerk gelegt werden. Sollte es wirklich nicht möglich sein, diesen Schädlingen der menschlichen Gesellschaft ihr Handwerk zu legen. Wo bleibt die in Aussicht gestellte Zuchthausstrafe, wo der Ehrverlust. Die paar tausend Mk. Geldstrafe, oder ein paar Monate Gefängnis können diese Leute nicht abschrecken. Es muß das schwer leidende Volk auf das tiefste empören, wenn es immer wieder gewahr wird, wie es von diesen menschlichen Vampyren ausgesogen wird. Die Knappheit und Einschränkung der notwendigen Lebensmittel wird mit Ruhe und Geduld ertragen, das wird als etwas selbstverständliches hingenommen. Helle Empörung löst es jedoch aus, wenn man sieht, wie Fett, Butter und ähnliche Produkte zu Preisen abgesetzt werden, die kein Unbemittelter bezahlen kann. Sehen wir uns doch einmal die Straßen Berlins an. In jeder Straße sind dutzende von Läden eröffnet, unzählige Wagen stehen auf den Straßen, die alle nur mit Obst und Gemüse handeln. Unverständlich ist es jedoch, daß man die geringste Sorte von Aepfeln kaum unter 60 Pfg. das Pfund bekommt. Ein klein wenig bessere Sorten muß man schon mit 85 bis 1 Mark bezahlen, denen dann die Preise von 1,25, 1,50 usw. folgen. Angesichts der reichen Obsternte fragt man sich vergeblich, wie so etwas möglich ist, daß unsere Grünkramhändler und dergl. bei dem Geschäft nicht zu kurz kommen, ist folgender Beweis. Mehrere Personen hatten sich zusammen getan und kauften mehrere Zentner Aepfel. Nach Abrechung von Fracht und sonstigen Unkosten kam die eine Sorte auf 20 Mk., die andere Sorte auf 30 Mk. pro Zentner zu stehen. Das Pfund kostete demnach 20 bezw. 30 Pfg. Dieselben Sorten Aepfeln werden von den Händlern jedoch nicht unter 60 bezw. 85 Pfg. das Pfd. verkauft. Man kann wohl kaum annehmen, daß die Händler teurer einkaufen werden, als Privatleute, die doch bloß nur einen Versuch gemacht haben. So geht es aber auch mit anderen Sachen. Pflaumen, mit denen wir doch dieses Jahr eine Rekordernte hatten, wurden zum Teil angeblich zur Marmelade beschlagnahmt. Man hat bis jetzt auf dem Markt von Marmelade herzlich wenig zu sehen bekommen, wo welche aufgetaucht, wird sie das Pfd. unter 1,25—1,50 Mk. nicht abgegeben. Ebenso hatten wir in Zwiebeln eine Rekordernte. Nachdem man auch hier den Preis ins unendliche gesteigert hat, setzte man Höchstpreise fest. Jetzt ist jegliche Zwiebel vom Markt verschwunden. Mit den Fischen wird noch ein größerer Wucher getrieben. Fingerlange Heringe, dem Aussehen und der Länge nach, wie Breitlinge kostet das Pfund 1,90 Mk. Die Weißlinge, welche der Angler mit Vorliebe zum Hechtfang benützt, also ein ganz minderwertiger Fisch, den in Friedenszeit kein Mensch kauft, kosten jetzt das Pfund 0,70 Mk., Stint 0,60 Mk., Barse 3—3,50 Mk. das Pfund, Aale 6 Mk. das Pfund. So geht es mit den frischen Fischen. Die Räucherware übersteigt noch alles. Ein Bückling 85—125, eine Flunder 2—3 Mk. und so geht es weiter, Aal 8 bis 10 Mk. das Pfund. Die Preise der Gänse übersteigen in diesem Jahre alles bis dahin gewesene. Das Pfund Vollgänse 6—8 Mk., das Fett 12 Mk., Schmalz 17 Mk. pro Pfund. Man geht sogar jetzt soweit, von der Gans die Haut abzuziehen, um es extra als teures Fett zu verkaufen. Man darf sich dabei nicht wundern, wenn eine Gans auf 120—170 Mk. zu stehen kommt. Man fragt auch hier: Wie ist es möglich, daß ein solches schamloses Treiben unter den Augen der Behörden stattfinden kann. Hindenburg verlangt mit Recht, daß den Schwerindustrien mehr Fett zugeführt werden muß, da es sich um Sein oder Nichtsein handelt. An den Gänsen ist Fett genug. Warum beschlagnahmt man nicht sämtliche Gänse und führt sie den Arbeitern der Munitionsfabriken zu. Wo so viel für den Krieg schon geopfert ist, da kann es um solche Summe mehr oder weniger nicht mehr ankommen, allerdings würde der Staat keine Phantasiepreise bezahlen. Wenn Hindenburg auf die Gefahr aufmerksam macht, kann sie nicht mehr klein sein. Wo Gefahr im Anzuge ist, müssen alle Rücksichten fallen. **Das Vaterland über alles!** so denken unsere Truppen, so denkt mit wenigen unrühmlichen Ausnahmen das deutsche Volk. Die Wucherer und gewisse Kreise denken allerdings, erst komme ich! Man soll sich doch einmal die Tatsachen eingehend vor Augen führen. Bei derartigen Phantasiepreisen können diese Produkte doch nur von Leuten gekauft werden, die an und für sich an ein Drohnenleben gewöhnt sind, denen also, wie man zu sagen pflegt, keine Wurst zu teuer ist. Ob das Pfund 10 oder 15 Mk. kostet, spielt bei den Leuten keine Rolle, sie nehmen demnach auch den größten Teil des Geflügels für sich in Anspruch. Nebenbei beziehen sie selbstverständlich ihre Ration laut Fleischkarte, denn Geflügel ist ja frei gegeben. Damit noch nicht genug, so sieht man jetzt große Fässer mit Gänsekeulen und Brüsten einpökeln, damit diese Drohnen auch später ihre verwöhnten Gaumen mit allerlei Genüssen kitzeln können. Demgegenüber muß der Schwerarbeiter zufrieden sein, wenn er einmal in 4 Wochen ein halbes Pfund Schweinefleisch auf seine Karte erhält. Bei der Frage um Sein oder Nichtsein?, muß man auch gleichzeitig die Frage stellen: Hat der Staat ein größeres Interesse an dem Wohlleben der Drohnen, oder muß nicht viel mehr alles aufgeboten werden, um unsere Munitionsarbeiter bei den Kräften zu erhalten, die zur Herstellung der Munition und damit zugleich zur Erhaltung des Vaterlandes notwendig sind. **Das Vaterland über alles, Landgraf werde hart,** ehe es zu spät ist.

Unser Wille.

Der starke Wille gehört zweifelsohne zu den wertvollsten Vorzügen eines Menschen. Es zeigt sich so häufig im alltäglichen Leben das Beispiel jener Menschen, denen es durchaus nicht an glänzenden Gaben mangelt, die auch etwas Tüchtiges gelernt haben, die aber eins nicht können, nämlich ernstlich zu wollen, ihren ganzen inneren und äußeren Menschen zusammenzureißen, und die daher trotz ihrer Vorzüge doch nicht recht vorwärtskommen. Umgekehrt kennen wir wieder Menschen aus unserem Erfahrungskreise, die trotz ihrer nur geringen Begabung und unter durchaus schwierigen Verhältnissen dennoch hochgekommen sind, weil sie verstanden, sich ein bestimmtes, erreichbares Ziel zu setzen und zu diesem Ziele dann alle ihre Kräfte dauernd anzuspannen.

Der ganze Mensch steht und fällt tatsächlich mit seinem Willen. Es ist schade, wieviele Gaben und Kräfte in der großen Menschenwelt verloren gehen, weil sie von keinem starken Willen geleitet und gestählt werden. Es ist andererseits aber erfreulich, zu wissen, daß soviel geleistet und überwunden wird, was nur ein fester Wille fertigbringen kann. Handle es sich um Großes wie um Kleines, immer brauchen wir ein starkes Wollen. Damit lenken wir tatsächlich unser Leben. Können wir es auch nicht immer nach unserem Willen leiten, so doch sehr häufig; so will jener Satz verstanden sein: Jeder ist seines Glückes Schmied! oder jener andere: Dir ist beschieden dein Geschick, doch selber kannst du's lenken. — Es ist eine Verkennung der Tatsachen, wenn die Menschen ihre Erfolge und Mißerfolge bei sich und anderen in der Regel dem Glück und Unglück zuschreiben; bei näherem Zusehen würden sie bald merken, daß der eigentliche Grund im Menschen selbst, in seiner besonderen Persönlichkeit zu suchen ist.

Es ist natürlich, daß ein starker Wille in den schwierigen Lebenslagen erst recht nötig ist. Schon manches Schiff hat siegreich den gefährlichsten Stürmen Trotz geboten, weil es alle seine Kräfte gegen sie anspannte. Ohne den starken Willen sind wir in gefahrvollen Zeiten von vornherein so gut wie verloren, mit ihm allein können wir sie überwinden. Wir, das ganze deutsche Volk, sind jetzt in dieser schwierigen Lage. Jetzt heißt es, den Willen anzuspannen und alle Kräfte zusammenreißen, um der Not zu widerstehen. Wenn wir unser deutsches Volk als Ganzes betrachten, so dürfen wir wohl behaupten, daß es von einem Siegeswillen durchdrungen ist, der kaum noch zu steigern ist. Durch diesen Willen hat es die schwere Zeit bisher durchgemacht, hat es alle die reichen Kräfte mobilisiert, die allenthalben in ihm schlummern, hat es die ungeheuren Leistungen getan, die in der ganzen Welt Bewunderung erregen müssen, und dieser starke Wille wird uns auch die sicherste Gewähr dafür sein, daß wir auch bis zum siegreichen Ende durchhalten werden.

Aber auch in jedem Einzelschicksal muß der starke Wille siegen. Bis auf wenige Ausnahmen leiden wir jetzt bei der langen Dauer alle irgendwie unterm Kriege, unsere Gegner natürlich ebenso. Da sind für soviele die mannigfachen wirtschaftlichen Nöte aller Art zu tragen, sie werden häufig recht schwer auf die Schultern drücken, da rührt ferner ach wie oft die seelische Not an den inneren Menschen und möchte ihn fast zu Boden werfen. Es sei also zugegeben, daß die Lage für viele Menschen jetzt allzuschwer sein mag. Aber wollen wir uns deshalb widerstandslos von der Last beugen lassen? Den Kampf gegen sie von vornherein aufgeben? Das wäre so ziemlich das Törichteste, was wir tun könnten. Nein, wir wollen uns doch aufraffen, wollen erst mal tun, was in unsern Kräften steht. Wir werden bei ernstlichem Bemühen gar bald merken, daß wir noch immer unser Leben meistern, daß wir unsere äußeren Geschicke, wenn auch nicht günstig, so doch günstiger gestalten, daß wir in gewissem Grade auch unserer inneren, unserer Seelennöte Herr werden können. Es ist allerdings nötig, daß unser starkes auch ein reines Wollen sei, das wird uns dann lebensmutiger und glücklicher in dem Bewußtsein machen, daß wir alles das getan haben, was zu tun unsere Vaterlands- und Menschenpflicht war.

Von unendlicher Bedeutung wird der starke Wille auch für diejenigen Zurückkehrenden sein, die sich erst wieder eine neue Existenz gründen müssen. Auch für sie wäre kläglicher Verzagen das allerschlimmste. Fehlt es ihnen an den nötigen äußeren Hilfsmitteln zum Aufbau ihres neuen Lebens, nun dann müssen die Kräfte aus den inneren Quellen um so reicher fließen, dann muß erst recht der eiserne Wille vorhanden sein, allen Gewalten zum Trotz sich durchzusetzen.

Den starken Willen brauchen vor allem auch unsere Kriegsverletzten. Gewiß wird für sie in weitem Maße gesorgt werden. Betteln wird von ihnen keiner brauchen. Aber die Unterstützung kann natürlich auch nicht allzu reichlich bemessen sein. Es wird für viele eine Notwendigkeit oder ein Wunsch sein, sich irgendwie zu betätigen, hinzuzuverdienen und das Leben durch irgend eine Tätigkeit auszufüllen. Wieviel kann dadurch gewonnen werden in materieller wie ideeller Beziehung, daß die Hände weiterschaffen, daß die Herzen auf irgend eine nützliche Beschäftigung gerichtet sind. Dazu ist aber ein starker Wille notwendig. Anfangs wird vielleicht mancher Kriegsverletzte verzagen wollen. Allein, wo ein starkes Wollen vorhanden ist, wird bald auch der Erfolg sich einstellen, auf den umsomehr zu rechnen ist, als sich ärztliche und technische Kunst heute in geradezu staunenswerter Weise bemühen, auch die Not der zahlreichen Kriegsverletzten wieder zum Teil auszugleichen.

Freilich, die Haupthilfe muß ihnen doch aus sich selbst kommen. Sie müssen den starken, reinen Willen mit sich bringen, ihr Leben auch unter den neuen, schwierigen Verhältnissen sich erträglich zu gestalten. Diese Forderung aber wollen wir jetzt und nach dem Kriege in erhöhtem Maße an uns alle stellen. Aus den vielen kleinen Quellen zieht der große Strom seine Stärke und ebenso aus den einzelnen Bürgern der Staat. Wir wollen alle unsern Willen aufs höchste spannen — wir dienen damit dem eigenen Interesse —, damit durch uns das große deutsche Volk gedeihe.

P. Hoche.

Die Lage des Arbeitsmarktes

im Monat Oktober 1916.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober, dem 27. Kriegsmonat, zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt" das gleiche Gepräge wie in den Vormonaten. Die Betätigung des deutschen Wirtschaftskörpers ist eher stärker geworden; vielfach läßt sich namentlich in den Betrieben, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft arbeiten, noch angespanntere Beschäftigung als im September ds. Js. oder aber als im Vorjahre erkennen.

Für den Bergbau wird im allgemeinen über unveränderte lebhafte Beschäftigung berichtet. Vielfach noch angespannter als im September oder als im Oktober des Vorjahres hatte die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie zu tun, zum mindesten sind die Betriebe ebenso stark wie zuvor in Anspruch genommen. In der elektrischen Industrie macht sich gleichfalls eine teilweise Steigerung der Beschäftigung geltend. Die chemische Industrie und das Holzgewerbe weisen im großen und ganzen die gleiche Lage wie im Vormonat auf; zum Teil ist auch hier eine Steigerung eingetreten. Für den Baumarkt läßt sich im allgemeinen keine Veränderung feststellen.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. November beschäftigten Mitglieder dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 16 915 oder 0,39 v. H. (gegenüber einer Abnahme um 1,22 v. H. im vorhergehenden Monat). Die weibliche Beschäftigung hat demgegenüber eine Zunahme, und zwar um 67 686 oder 1,69 v. H. (gegenüber einer Steigerung um 0,34 v. H. im Vormonat) erfahren. Im Vergleich zum 1. Oktober d. Js. ist also die Abnahme der männlichen Beschäftigten geringer und die Zunahme der weiblichen Beschäftigten größer geworden. Insgesamt ist eine Steigerung der Beschäftigten um 50 771 oder 0,61 v. H. zu verzeichnen, während im Vormonat eine Abnahme um 0,48 v. H. festzustellen war. Nicht nur dem Vormonat gegenüber, sondern auch im Vergleich zum Vorjahr ist die Bewegung der Beschäftigtenzahl günstiger gewesen. Am 1. November 1915 war insgesamt eine Verminderung der Beschäftigtenzahl um 0,12 v. H. eingetreten. Bei Beurteilung der männlichen Beschäftigtenzahl ist zu berücksichtigen, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht einbegriffen ist.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 38 Fachverbänden, die für 810 481 Mitglieder berichten, wurden Ende Oktober 15 820 Arbeitslose oder 2,0 v. H. gegen 2,1 v. H. im Vormonat ermittelt. Die Arbeitslosenziffer ist also weiterhin etwas gesunken. Sie stellte sich auch dem Oktober der drei vorhergehenden Jahre gegenüber niedriger, da sie 1914 10,9, 1915 2,5 und im Friedensjahre 1913 2,8 v. H. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt für das männliche Geschlecht abermals eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse erkennen, während für die weibliche Arbeiterschaft keine Verschiebung hervorgetreten ist. Im Oktober kommen bei den Männern 64 (gegen 68 im Vormonat) auf je 100 offene Stellen: der Andrang der weiblichen Arbeitsuchenden hat sich von 134 Arbeitsuchenden auf je 100 der gemeldeten offenen Stellen im Monat September auf 135 im Berichtsmonat erhöht, es handelt sich also um eine Steigerung ganz unbedeutender Art.

Die bis Mitte November reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers" verzeichnet keine wesentliche Veränderung.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände stellen für Ostpreußen, Mecklenburg-Schwerin, Königreich Sachsen, Provinz Sachsen und Anhalt, Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Bremen, wie für Hessen-Nassau, Hessen, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keine erhebliche Veränderung der Lage des Arbeitsmarktes fest. Für Berlin-Brandenburg blieb die allgemeine Lage für die Arbeitsuchenden, namentlich für die männlichen Arbeitskräfte, weiterhin recht günstig. In Hamburg wie Westfalen hat sich der Arbeitsmarkt für weibliche Personen günstiger gestaltet als im Vormonat. In Bayern steigerte sich die Beschäftigung der Metall- und Maschinenindustrie dem Vormonat gegenüber nicht unwesentlich, während für die weiblichen Personen die Beschäftigungsmöglichkeit im allgemeinen etwas zurückgegangen ist.

Rundschau.

Erhöhung der Familienunterstützung.

Die Beschlüsse des Bundesrats.

Eine Verordnung des Bundesrats vom 2. Dezember erhöht die Mindestsätze der Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften für die Monate November 1916 bis einschließlich April 1917 um monatlich 20 Mark für Ehefrauen (bisher 15 Mark) und um monatlich 10 Mark für die sonstigen Berechtigten (bisher 7,50 Mark). Für die Monate November und Dezember 1916 werden die die bisherigen Sätze übersteigenden Beträge von zwei mal fünf gleich zehn, bezw. zwei mal 2,50 gleich 5 Mark in einer Summe zusammen mit der zweiten Halbmonatsrate im Dezember 1916 ausgezahlt.

Des weiteren wird durch die Verordnung bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 die Familien der aus dem Heeresdienste entlassenen Mannschaften, soweit sie Kriegsfamilienunterstützung beziehen, noch eine Halbmonatsrate nach dem Tage der Entlassung als außerordentliche Unterstützung erhalten.

Die Beibehaltung des Nachtbackverbots in der Friedenszeit

wurde in einer gemeinsamen Eingabe aller Arbeiterorganisationen gefordert. Bei der Beratung dieser Eingabe in der Petitionskommission des Reichstags gab ein Vertreter der Regierung dazu folgende Erklärung ab:

Schon vor Eingang der Bittschrift haben die beteiligten Stellen erwogen, ob es nicht möglich und erwünscht sei, die Nachtarbeit in den Bäckereien dauernd zu untersagen.

Die dabei in Betracht kommenden Fragen sind am 15. September d. Js. mit den Vertretern der Verbände der Bäckermeister, der Brotfabrikanten, der Keks-, Lebkuchen- usw. Fabrikanten und den Vertretern sämtlicher Verbände der Bäckergesellen und Bäckereiarbeiter eingehend erörtert worden.

Dabei wurde von sämtlichen Vertretern der Arbeitnehmer und von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeitgeber anerkannt, daß die Beseitigung der Nachtarbeit im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Bäcker erwünscht und auch durchführbar sei. Nur ein Teil der Arbeitgeber, insbesondere die Vertreter der südwestdeutschen Bäckermeister, äußerten wirtschaftliche Bedenken dagegen. Es ist in Aussicht genommen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und vorzulegen, über dessen Inhalt zur Zeit keine Mitteilung gemacht werden kann. Die neuen Bestimmungen würden gegebenenfalls in Kraft treten, wenn die jetzt geltenden Vorschriften aufgehoben werden."

Die Kommission beschloß, dem Reichstage vorzuschlagen, die Eingabe dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Agrarische Bescheidenheit.

Die „Verbrauchswirtschaft im Kriege", die Zeitungskorrespondenz des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, hatte dargelegt, daß der städtische Verbrauch an Fleisch, Butter, Milch und Eiern durch die Rationierung stärker, d. h. um 90 Prozent eingeschränkt worden sei, als es dem Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung, auch unter genauester Berücksichtigung des Ausfalles der Einfuhr an milchwirtschaftlichen Erzeugnissen (Milch, Butter, Käse) — Kraftfuttermittel in Milch umgerechnet — d. h. rund 60 Prozent, und des Einfuhrzuschusses zum Gesamtverbrauch an Eiern und Eierteilen, d. h. rund 40 Prozent, entspräche. Die fehlenden 30 bezw. 50 Prozent wären also auf dem Lande hängen geblieben. Die durch besondere Bescheidenheit ausgezeichnete „Deutsche Tageszeitung" nennt diese nüchterne, durch unwiderlegliche Zahlen gestützte Betrachtung einen Versuch des Konsumentenausschusses, die Städte gegen das Land aufzuhetzen, schenkt sich aber im übrigen den zahlenmäßigen Gegenbeweis, verlangt also in ihrer Bescheidenheit, daß die notleidenden Städter ihre witzig sein sollenden Erläuterungen über den Ertragsrückgang der ländlichen Produktion einfach glauben. Das hindert sie nicht, im gleichen Atemzuge über den Konsumentenausschuß herzufallen, der ihre Darstellung von der Gegnerschaft der Landwirtschaft gegen die Frühdruschprämien schamlos genannt hatte, weil sie ohne Widerspruch die Forderung des Landwirtschaftsrats nach Verlängerung dieser Prämien abdruckte. Hier geht ihr die angeborene Bescheidenheit mit dem Aerger über die Aufdeckung ihres Hereinfalles durch: sie verlangt allen Ernstes gläubige Ehrfurcht vor ihrer Versicherung, daß sie nur aus Mitleid vor einer Klage beim Staatsanwalt abgesehen habe. Offenbar hat sie sich hierzu aus dem großen Bescheidenheitsreservoir ihrer parlamentarischen Freunde, voran Graf Westarp und Genossen, den nötigen Zustrom verschafft, die im Haushaltausschusse das erschreckend bescheidene Verlangen stellten, daß bei Hausschlachtungen das erste Schwein überhaupt nicht und das zweite nur mit drei Fünfteln auf die Fleischkarte angerechnet werde. Den Antragstellern wird kaum entgangen sein, daß es sich hierbei um rund 6 Millionen Schweine handelt, die dann noch mehr als bisher ohnehin unterversorgten Allgemeinheit verloren gehen, da den freigelassenen ländlichen Fleischkarten auch noch beträchtliche Mengen Frischfleisch auf Kosten der übrigen Fleischverbraucher zum Opfer fallen. Den Gipfel der agrarischen Bescheidenheit hat aber unzweifelhaft der „Landwirtschaftsrat" erklommen, als er in seinem an den Reichskanzler gerichteten Briefe, der beschämenderweise eine Richtigstellung seiner Verdrehungen durch einen zweiten Hindenburg-Aufruf nötig machte, von der Reichsleitung allen Ernstes verlangte, daß sie die landwirtschaftlichen Interessenten bei ihren selbstsüchtigen Anstrengungen nach immer höheren Preisen vor der berechtigten Kritik der ausgebeuteten Verbraucher schützen, sich somit als Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte etablieren solle.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Unser Ortsverband hielt am Bußtag seine übliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Friedrich, gedachte zunächst der im Felde gefallenen Kollegen, denen er einen warmen Nachruf widmete. Dann begrüßte er den neuen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hartmann, welchem er in seinem neuen Amt Glück wünschte. Der vom Kassier, Kollegen Gansel, gegebene Kassenbericht ergab eine Einnahme von 4162.— M, der eine Ausgabe von 3916.— M gegenüberstand. Kollege Hartmann hielt dann seinen Vortrag über „Die Einwirkung des Krieges auf die fernere Gestaltung der Gewerkvereine". Er führte unter anderem aus, daß die Arbeiterorganisationen fester dastehen als vor dem Kriege, und durch sie ist vieles für Kriegszwecke durchgeführt worden. Durch die Behörden erfolgte eine größere Heranziehung der Arbeiterorganisationen zur Mitwirkung u. Mitberatung in den Kriegsämtern. In der Kriegszeit wurden auch die Wünsche der Arbeiter bezüglich Erleichterung des Vereinsgesetzes berücksichtigt, weshalb die Organisationen auch auf noch mehr Bewegungsfreiheit im Frieden hoffen. Die Gewerkvereiner sollten sich auch weiter eifrigst den Ausbau ihrer Vereine angelegen sein lassen und ihr regstes Interesse allen wirtschaftlichen Fragen zuwenden. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine wichtigen und interessanten Ausführungen. In der allgemeinen Aussprache beantwortete Kollege Hartmann einige gestellte Fragen und betonte nochmals die Bedeutung der Agitation während der Kriegszeit. Der Jahresbericht vom Schriftführer Kollegen Schlinsog ergab, daß der Ortsverband im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, in der Kriegsverletztenfürsorge, Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsgemeinschaft Breslauer Arbeitsnachweise, Kleinwohnungswesen u. s. w. vertreten ist, in letzter Zeit auch in den Bezirksausschuß für Schwerstarbeiter berufen wurde. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, nur wurde an Stelle des Kollegen Schlinsog der Kollege Bothe gewählt. Mit einem begeisterten „Hoch" auf die Gewerkvereine wurde die Versammlung geschlossen. O. Paul.

Stolp i. Po. Bei den hier am 27. November stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen ist es dem hiesigen Ortsverband wieder gelungen, einen Gewerkvereiner in das Stadtparlament zu wählen. Unser Mitglied und jetziger Vereinswirt Otto Höppner z. Zt. im Felde, wurde mit 222 Stimmen als Stadtverordneter gewählt. Mit ihm zieht der vierte Gewerkvereiner in die Reihen der hiesigen Stadtväter ein. (Bravo! Die Red.)

Patentschau.

Mitgeteilt vom Patent-Büro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. ---- Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

Kl. 34 i. St. 30 992: Gestell für Flaschen, Krüge u. dgl. Hans Steigerwald, Köln a. Rh. Angemeldet am 31. 7. 16.

Erteilte Patente:

Kl. 38 e. 295 634: Maschine zum Bearbeiten der Umflächen von zwischen Rosetten eingespannten Werkstücken. J. Drummen, Aachen, Turmstraße 190. Angemeldet am 13. 1. 14.

Kl. 38 h. 295 644: Verfahren zur Verhütung des Verblauens von Schnitthölzern. Dipl.-Ing. F. Seidenschnur, Charlottenburg, Suarezstraße 39. Angemeldet am 5. 11. 13.

Kl. 34 i. 295 692: Zapfenverbindung für Tische, Tafeln, Stühle, Türen und Gestelle aller Art. E. M. Jäger, Frankenberg, Sa. Angemeldet am 24. 2. 16.

Kl. 37 d. 295 693: Tür mit Türflügeln, die um obere und untere Zapfen schwenkbar sind. F. J. Löffler, Hechingen. Angemeldet am 16. 4. 15.

Gebrauchsmuster.

Kl. 34 g. 654 770: Stuhlsitz. H. C. Meyer Komm.-Ges. auf Aktien, Harburg a. E. Angemeldet am 20. 10. 16.

Kl. 341. 654 616: Kombinierte Zimmer-, Tritt- und Hofleiter. S. A. Müllender, Malente-Gremsmühlen. Angemeldet am 13. 10. 16

Kl. 34 i. 654 997: Runder Ausziehtisch. Richard Saalfeld, Berlin, Neue Ansbacherstraße 12. Angemeldet am 8. 11. 15.

Kl. 34 i. 655 034: Schrank mit herausziehbarer, auf Rollen geführter Lade. Organisationsgesellschaft Braune m. b. H., Bremen. Angemeldet am 17. 10. 16.

Kl. 34 i. 655 046: Mittels Rollenzug und Gewicht ins Schrankinnere gleitende Tür. Bruno Friedemann, Chemnitz. Angemeldet am 24. 10. 16.

Kl. 34 i. 655 155: Griff aus gebogenem Holz mit umgebogenen Enden. Johann Pump, Höchst a. M. Angemeldet am 25. 10. 16.

Literarisches.

Das gigantische Ringen an der Westfront erfordert für den Verfolg der Ereignisse ein Kartenmaterial im großen Maßstabe. Der Gea Verlag G. m. b. H., Berlin W. 35, bringt zu diesem Zwecke einen Atlas unter dem Titel **„Sonderkarten der Westfront"** heraus, der 5 Karten im Maßstabe 1: 250 000 enthält. Die Blätter sind außergewöhnlich reich beschriftet, klar gehalten und zeigen in sinngemäßer Aufteilung das Gebiet von Ostende im Norden bis zur Schweizer Grenze im Süden. Die Karten sind farbig gedruckt. Der handlich gebundene Atlas wiegt nur 120 Gramm und kann zu dem billigen Preise von 1 Mark empfohlen werden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Im Jahre 1915 ist laut Bekanntmachung in der Eiche Nr. 45/46 die Neuwahl der Vorstände in den Ortsvereinen unterblieben. Die Gründe die dafür maßgebend waren, bestehen in diesem Jahre in erhöhtem Maße. Es werden noch fortwährend Kollegen zum Heeresdienst eingezogen und ist die Auswahl der noch am Ort vorhandenen sehr gering. Aus diesem Grunde ersuchen wir die Vorstandsmitglieder auch weiterhin ihre Vorstandsämter zu verwalten und Neuwahlen nur im äußersten Falle vorzunehmen.

Da wir für das Jahr 1917 ein neues Adreßverzeichnis anfertigen, wird mit der nächsten amtlichen Beilage jedem Ortsverein eine vorgedruckte Karte zugehen, auf welcher die Namen und die genaue Adresse der Vorstandsmitglieder einzutragen sind. Diese Karte ersuchen wir **bis zum 28. Dezember 1916** einzusenden, damit die Versendung des Adreßverzeichnisses rechtzeitig erfolgen kann.

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung!

Unsere Mitglieder in Preisprüfungsstellen, Lebensmittelkommissionen usw., die noch nicht die vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen kostenlos versandten wöchentl. Veröffentlichungen: „Rundschau der deutschen Verbraucherbewegung", „Mitteilungen für Preisprüfer" und die Zeitungskorrespondenz „Verbrauchswirtschaft im Kriege" erhalten, wollen sich dieserhalb an die Hauptleitung des genannten Ausschusses, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 56 wenden. Unsere Organisation gehört ihm bekanntlich körperschaftlich an.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 50. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

1 Schreiner,

durchaus tüchtig und fleißig, kann sich mit ca. 400 M. event. weniger, an einer größeren mech. Schreinerei und Schulbankfabr. beteiligen. Näheres durch

A. W. Remy & Cie., Neuwied a. Rh.

Birschen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 15 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkvereinskollegen wird ausgegeben bei Schneider, Eichenstraße 32.

Leipzig. Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeschenk beim Ortsvereinskassier. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben im Lokal „Stadt Hannover", Leipzig, Seebergstr. 25 II Gültigkeit.

Liegnitz (Ortsverband). Verpflegungskarten für durchreisende Gewerkvereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Paul Wuttke, Georgenstr. 3. Verkehrslokal ist „Prinz von Preußen" Goegnerstraße.

Am 12. November 1916 verschied an den Folgen ausgestandener Strapazen während des Krieges unser lieber Kollege der

Modelltischler Ernst Knebel,

Ritter des eisernen Kreuzes

im Alter von 26 Jahren.

Nach fast 1½ jährigem Krankenlager versuchte er seinem ihm über alles liebgewordenen Berufe nachzugehen, hatte jedoch seine Kräfte überschätzt, der Keim der Krankheit saß zu tief und so starb er nach kurzem Krankenlager als ein Opfer des Weltkrieges.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverein der Modell- und Fabriktischler Berlin VII.

! Kollegen werbt Mitglieder für unsern Gewerkverein !

Zur Agitation!

Für jeden strebsamen Gewerkvereiner

sind folgende soeben erschienene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentbehrlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1913—1915, erstattet vom Verbandsredakteur Leonor Lewin.

Die Frauenarbeit in und nach dem Kriege.
a. In der Industrie. Von Gustav Hartmann.
b. In der Heimarbeit. Von Dr. Käthe Gaebel.

Was muß geschehen?
Winke für die Agitation. Von Alfred Czieslik-Duisburg.

Diese zeitgemäßen, für die Agitation außerordentlich wertvollen Schriften sind **zum Preise von 10 Pfg.** für das Stück vom **Verbandsbureau** zu beziehen.

Neuheit! Neuheit!

Ziehklingenhalter und Sparer-Vorarbeiter

G. G. in Eisen 1.30
Aluminium 2.30
nur zu haben bei

Christensen, Berlin-Reinickendorf, Ost Seestraße 24.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat" freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel, Stelzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Dux in Böhmen. Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutschnationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Frankfurt a. M. Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkvereine befindet sich Alte Mainzergasse 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i. V. Paul Bollmann, Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23. Druck der Ulmer Zeitung A.-G. in Ulm a. D.